

Wormwärts

Die Zukunft des deutschen Reiches.

In der englischen Presse fehlt es nicht an Mahnrufen für die deutsche Reichsregierung und den deutschen Reichstag in Bezug auf das Attentat, welches Beide vereint auf die Freiheit verübten.

Speziell aber wendet sich die „Daily News“, nach der „Times“ ein der bedeutendsten englischen Journale, mit folgenden Worten an den Fürsten Bismarck:

Es dürfte gut für Deutschland sein, wenn Fürst Bismarck einen Rückeinfluß von England acceptiren und der englischen Meinung in Sachen des Antisozialistengesetzes Gehör schenken würde. Die hiesige Meinung geht einstimmig dahin, daß er durch eine solche Maßregel den schlufgerechten Beweis liefert, daß seine großen Erwalten beschränkt sind, und daß seine innere Politik eben so kurzfristig ist, als seine auswärtige Politik klug gewesen ist. Wir in diesem Lande glauben, daß indem der Fürst Alles den militärischen Rücksichten unterordnet, und auf häusliche Schwierigkeiten Ideen anwendet, die dem Vager und den Kalernen entnommen sind, er für das deutsche Reich Gefahren, ebenso furchtbar wie irgendwelche äußere Feinde, heraufbeschwören dürfte.

Da hören wir in einem englischen Blatte dieselbe Prophezeiung, die in der sozialdemokratischen Presse und auch von der Reichstagsopposition herab oft genug gehört worden ist und den deutschen Philisther aus seiner frohen Sicherheit, die er den Sozialisten fühlen ließ, aufrüttelte. Doch wir wollen hier noch einen anderen Punkt berühren.

Vor einigen Tagen brachte die „Berliner freie Presse“ einen „Brief eines alten preussischen Soldaten“, der die Situation ähnlich, nur noch schärfer, beurtheilt und aus welchem wir hier einige Auszüge wiedergeben wollen.

Nachdem der „alte Soldat“ den Bamberger Liberalismus und den Kleist-Regow'schen Conservatismus als einen Akerpatriotismus gebrandmarkt hat, der Deutschland in den Augen aller civilisirten Nationen compromittirt, fährt er fort:

„Bis jetzt hatte ich nämlich gar keine besondere Furcht davor, daß in der nächsten Zeit schon irgend ein anderes Volk uns ernstlich mit Krieg bedrohen würde, oder besser gesagt, ich war überzeugt, daß Deutschland siegreich auch aus dem nächsten Kampfe hervorgehen würde und daß die Nachbarvölker, von diesem selben Gedanken erfaßt, es deshalb gar nicht auf einen Krieg mit Deutschland ankommen lassen würden.“

Dieser Gedanke mag etwas nationalliberal angehaucht sein — er hat aber seine volle Berechtigung. Zunächst ist unser Kriegsheer gegenwärtig den Heeren der anderen Nationen noch weit überlegen — und was viel wichtiger ist? Relativ besitzt das deutsche Volk auch eine größere Freiheit als seine Nachbarvölker. Und darin liegt die größere Gewähr eines Sieges.

Es kommen bei einem Kriege mit Deutschland nur folgende drei Staaten in Betracht: Frankreich, Oesterreich und Rußland — und da wird mir Jeder zugeben, daß meine Behauptungen richtig sind.

Ob sie es bleiben werden, das ist allerdings eine ganz andere Sache.

Wenn die deutsche Reichsregierung und der deutsche Reichstag durch Ausnahme-gesetze die eigentliche Gewähr eines längeren Friedens oder eines sicheren Sieges, nämlich das Uebergewicht an Freiheit und Bildung den Nachbarvölkern gegenüber, selbst vernichten, dann wird allerdings eine andere Konstellation zu Deutschlands Ungunsten sehr bald schon eintreten. Dann haben wir schon bald wieder Kriegsdrohungen, demnächst Krieg und eine sehr wahrcheinliche Niederlage Deutschlands. „Armes Vaterland!“

Uns will es bedünken, als ob der „alte Soldat“ die Zukunft unseres Vaterlandes in richtiger Erkenntnis vorführte, doch versteht derselbe, auch wieder Trost zu verleihen, indem er sich gegen die Auswanderungslust der Sozialisten nach Annahme des Sozialistengesetzes zum Schlusse mit folgenden Worten wendet:

„Wenn aber dann die braven Männer alle aus dem Lande gegangen wären, wer sollte nach einer Niederlage durch den äußeren Feind unser Vaterland wieder aufrichten? Doch nicht diejenigen, welche es dem Verderben überantwortet haben.“

Dann kommen wir an die Reihe, das lassen Sie sich von einem alten Soldaten gesagt sein, dann werden diejenigen, welche uns Sozialdemokraten, welche das arbeitende Volk ächten und versuchen, lebend die Hände aufheben und die Sozialdemokratie, die erblassende Macht, um Hilfe anrufen.“

So wird es geschehen, trotz Bismarck, trotz Bamberger und trotz Kleist-Regow; die Macht einer edlen Freiheits-Idee ist glücklicher Weise

größer, als der Freiheitshaß der Vorgenannten — und „die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“

An unsere Genossen in Deutschland.

„Die Energie der Völker erweist sich in den Zeiten der Prüfungen.“
(Aus der jüngsten Rede des russischen Fürsten.)

Die soldatische Tapferkeit in den Schlachten beweist nicht die Seelenstärke, die Charakterfestigkeit, die Energie eines Menschen oder eines Volkes. Diese Tapferkeit ist vielmehr der Ausfluß eines abnormen Gemüthszustandes, einer krankhaften Ueberreizung, wie sie z. B. die Verzweiflung typisch bedingt. Der sonst apathisch träge, denkfaule oder charakterlose Mensch kann zum energiegelassen Kampfe mit dem Feinde angeregt werden: Das ist rein thierischer Muth, wie er sich besonders im Kampfe ums Dasein äußert. Die höhere, menschliche Energie, die von großer Kulturfähigkeit zeugt, äußert sich in der ruhigen Charakterfestigkeit, wie sie in Zeiten schwerer Prüfungen voll und ganz zum Vorschein kommen kann. Menschen, wie z. B. ein Mehring, ein Bucher u. a., die durch die Bedingungen persönlicher Behaglichkeit oder des Ehrgeizes sich zum Verrath an ihren Ueberzeugungen bewegen lassen, sind feige, energielos, trotzdem sie sehr „tapfer“ Soldaten sein mögen. Die letzten Kriege „da unten in der Türkei“ und das „Bischen Herzegowina“ haben die bewunderungswürdige Tapferkeit der Türken bewiesen. Manche — und darunter Schreiber dieses selbst — wurden dadurch förmlich entusiasmirt für das türkische Volk, welches aus seinem jahrhundertelangen geistigen Schlaf plötzlich erwacht schien. Allein es erwies sich leider bald, daß diese plötzliche Energie des türkischen Volkes nur eine Frucht der Verzweiflung, einer leidenschaftlichen Ueberreizung war, ebenso wie die spätere „Energie“ der Bulgaren eine Frucht der Rache — ebenfalls eines durch leidenschaftliche Ueberreizung hervorgerufenen Gefühls. Beweise — die Grenellthaten, die von beiden Seiten begangen worden sind. Das sind Zeichen der inneren Schwäche der durch die jahrhundertelange Tyrannei corruptirten türkischen Unterdrückten und slavischen Unterdrückten. „Die Energie der Völker erweist sich in den Zeiten der Prüfungen“ — durch thatkräftige Ruhe. . . . Solche Zeiten der Prüfungen brechen jetzt auf das

deutsche Volk ein. Man will es noch mehr — man will ihm einen moralischen Rausch aufsetzen, indem man ihm das edelste menschliche Gut, die Gewissensfreiheit — das natürliche Recht, seine Ueberzeugung offen ansprechen zu dürfen, gewalttham raubt. Wäge nun das deutsche Volk seine wahre, menschliche Energie zeigen. Wäge es sich durch nichts zu leidenschaftlichen, leichtsinnigen Handlungen provoziren lassen. Jede leidenschaftlich leichtsinnige Handlung kostet Opfer, die für günstigere Zeiten gespart werden müssen und können. Wäge das deutsche Volk seine Energie, seine Charakterstärke durch vernunftgemäß thatkräftige Ruhe beweisen. Guido Weiß hat Recht, wenn er sagt, daß diese Zeit schwerer Prüfungen eine „Destillation der Sozialdemokratie“ herbeiführen müsse; diese schweren Prüfungen müssen den Kopf und das Herz eines jeden Parteigenossen läutern und dadurch härten.

Um aber die Härterung und Stärkung herbeizuführen, darf sich Niemand von seinen Gesinnungs- und Leidensgenossen trennen. Die harmonische Geselligkeit legte den Schein zur Kultur, und nur sie vermag die Civilisation zu fördern. Schließe sich Jeder an seine Gesinnungs- und Leidensgenossen an. Briest man auch die äußere Organisation — aber die innere ist unzerstörbar!

Die leichtsinnige, verbrecherische Leidenschaft der Volksfeinde ist der größte Beweis der Schwäche derselben — das sind die untrüglichen Symptome des Todeskampfes! Darum Muth, Brüder, keine Ueberstürzung, aber auch keine Trägheit!

In solidarischer Einigkeit müssen Sie jetzt alle Kräfte der friedlichen, ruhigen, aber auch energiegelassen Verbreitung von Aufklärung, von Bildung widmen. Die Kulturkraft eines Volkes liegt in dessen Bildung, und was eine Frucht der Bildung ist, ist unbesiegbar! („Fürchte Tagewacht“) A. Bl.

Der Normalarbeitstag.

Wie bekannt, besteht der Triftigste aller Gründe, mit welchen unsere Bourgeoisie, beziehungsweise unsere Fabrikanten die Einführung des gesetzlichen Normalarbeitstages bekämpfen, darin, daß sich der Staat um wirtschaftliche Dinge nicht zu kümmern habe, daß er und die Gesellschaft sich am wohlsten befinden, wenn er das Dogma der Manchestermänner anerkenne und zum Regierungsprinzip erhebe. — Nach diesem Dogma ist der Staat nur dazu da, Jedem das in diesem wirtschaftlichen

Kriege Erworbene zu schützen, aber nicht dazu, selbst mit einzugreifen. Die Manchesterpartei hat demzufolge den denkbar niedrigsten Begriff vom Staate; sie kommt, wie schon seiner Zeit Lassalle ausgesprochen hat, über die Nachtwächteridee nicht hinaus. Daß diese Auffassung von dem Wesen des Staates nicht die richtige ist, daß der Staat in Bezug auf die Gesellschaft höhere Aufgaben zu lösen hat, das wird heute ziemlich allgemein empfunden, wenn es gleich nur von wenigen allgemein erkannt wird, welcher Natur diese zu lösenden Aufgaben sein müssen, wenn die Gesellschaft aus diesem wirtschaftlichen Kriege, der heute von Allen gegen Alle bis aufs Messer geführt wird, herauskommen will. Unsere Fabrikanten sind auch nur strenggläubige Nachbeter dieses manchesterlichen Dogmas, soweit das Interesse der Arbeiter dabei in Betracht kommt. Wenn ihr eigenes Interesse in Betracht kommt, beten sie dieses Dogma nicht nur nicht nach, sondern verschreiben dasselbe als eine falsche Doktrin, gegen welche im Interesse des Staates und auch der Gesellschaft entschieden Front zu machen sei. Als Beweis gilt die vorigen Jahres von unsern Fabrikanten in Scene gesetzte Bewegung gegen die österreichische Zoll- und Handelspolitik. Hiermit wollen wir keineswegs gelagt haben, daß das Rufen der österreichischen Industriellen nach höheren Zöllen in Bezug auf die Weiterentwicklung und den Bestand der heimischen Industrie in keiner Weise interessirt sind, aber das Prinzip der Nichtemischung des Staates in wirtschaftliche Fragen ist dadurch so, was man sagt, außer Cours gesetzt worden. Man hat dadurch bis zur Greisbarkeit demonstirt, daß dem Staate das Recht zusteht, sich um die Gewerbehverhältnisse der Staatsbürger zu kümmern. Ja, noch mehr, man hat dadurch dem Staate sogar die Pflicht unterschoben, in diesem wirtschaftlichen Kampfe den Schwachen gegenüber dem Starken zu schützen. Wenn dem Staate aber die Pflicht zukommt, die minder entwickelte einheimische Industrie gegenüber der entwickelten Industrie des Auslandes zu schützen, weil ihr selbst die nötige Kraft dazu fehlt, so muß es auch seine Pflicht sein, den wirtschaftlich Schwachen gegenüber dem wirtschaftlich Starken im eigenen Hause denselben Schutz angedeihen zu lassen. Die Schwachen sind aber hier unfreiwillig die Arbeiter; ihr Interesse erheischt es, daß die Dauer der Arbeit eine gewisse Zeit nicht überschreite; daß diese Arbeitszeit gesetzlich geregelt werde. Sie selbst sind den Fabrikanten gegenüber viel zu ohnmächtig, um eine derartige Einrichtung mit Erfolg durchzuführen zu können. Das gewöhnlichste Argument, das von Seite der Fabrikanten, beziehungsweise von ihren Wortführern in der Presse und im Parlamente dieser Forderung der Arbeiter entgegengebracht wird, ist, daß durch ein derartiges Gesetz die individuelle Freiheit der Arbeiter beeinträchtigt werde, und das laufe dem Wesen eines „freien“ Staates zuwider. Als ob durch Schutzzölle nicht auch die Freiheit der Consumenten beschränkt würde. Hierbei kommt noch in Betracht, daß die Consumenten diese Beschränkung ihrer Kauffreiheit nicht wollen, während die Arbeiter wohl in überwiegender Mehrheit diese Beschränkung ihrer „Freiheit“, sich bis auf den denkbar möglichsten Grad abarbeiten zu müssen, erstreben, also ein derartiges Gesetz mit Freuden begrüßen würden, und das macht diese Art von freierlicher Fürsorge, welche die Bourgeoisie dem Arbeiterstande angedeihen läßt, drollig.

Und selbst, wenn die Industriellen nicht nach Schutz für die einheimische Industrie gesehen hätten, so wäre die Forderung des Normalarbeitstages nicht um ein Jota weniger berechtigt, als sie es ist. Wir haben diesen Vergleich nur angeführt, um zu zeigen, daß ihre Consequenz nicht weiter als bis zum Geldbeutel Stich hält. Wo dieser in Betracht kommt, hört dasselbe Prinzip auf dasselbe zu sein und schlägt in das Gegentheil um.

Berechtigt, ja, durch die Natur der Sache bedingt, ist die Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstages von nicht über zehn Stunden, weil durch das entwickelte Maschinenwesen unserer Zeit, der Zeit des Großbetriebes, der wieder nur als Folge der vervollkommeneten Maschinerie ist, die Produktion von Erzeugnissen der mannigfachen Art eine ungemein ergiebige geworden ist, und zwar so ergiebig, daß von Zeit zu Zeit die Ueberproduktion eine allgemeine Geschäftsstockung nach sich zieht.

Die Arbeiter werden zur Arbeit angetrieben, als gälte es, einen neu entdeckten Erdtheil mit Waaren zu versorgen; die Nacht wird in ihrer großen Hälfte zum Tage und der Sonntag in vielen Fällen zur Woche gemacht. Und das Ende jeder solchen industriellen Glanzperiode? — Vollgefüllte Waarenlager, abgeschundene in sich selbst zusammengebrochene Arbeiter, allgemeine Zahlungs- und Kaufunfähigkeit neben der Concentration des Kapitals in immer weniger Hände. Berechtigt ist aber auch die Einführung des Normalarbeitstages deshalb, indem der Staat verpflichtet ist, die umfangreichsten Maßnahmen zu treffen, daß die Gesundheit der Staatsbürger so viel als möglich geschützt werde. Es dürfte kaum Jemanden geben, der dem Staate auf diesem Gebiete das Recht des Eingreifens absperrte; denn er müßte gleichzeitig, wollte er konsequent sein, gegen die derzeit schon bestehenden gesundheitspolizeilichen Verordnungen Front machen. Die menschliche Erfahrung drängt aber nicht dahin, diese Verordnungen als überflüssigen Ballast über Bord zu werfen, sondern sie den Lehrsätzen der Wissenschaft gemäß zu erweitern. Nun ist es aber nicht mehr fraglich, sondern mit Bestimmtheit anzunehmen, daß durch die heutige Art und Weise der Produktion mehr menschliche Gesundheit vernichtet wird, als durch die gefährlichste Epidemie.

Gegen Epidemien sollte der Staat Mittel in Anwendung bringen dürfen, um sie einzudämmen, und für die Gesundheit der Arbeiter, insofern sie durch die Industrie gefährdet wird, sollte er es nicht? — Diese Art Staatsrechtslehre versteht, wer kann. Jeder gewissenhafte Arzt giebt die Erklärung ab, daß die Arbeit, wenn sie über eine gewisse Zahl von Stunden des Tages hinausgeleitet werden muß, die menschliche Gesundheit aufreibt und den frühen Tod der Arbeiter bedingt.

Ein bestimmtes Maß von Erholung ist für den menschlichen Körper ebenso notwendig, wie Speise und Trank. Aber nicht nur ist diese freie Zeit der Erholung wegen notwendig, sondern mehr noch der weiteren Ausbildung wegen. Die Ausbildung eines Arbeiters ist noch keineswegs abgeschlossen, sobald er die Schule verläßt, sie soll vielmehr von da ab erst recht beginnen; wenn die etwa bei den Arbeitern vorhandenen Talente nicht verkümmern, sondern zum Wohle der Gesamtheit fruchtbar gemacht werden sollen.

Wie aber kann Jemand an die weitere Ausbildung seiner geistigen Fähigkeiten denken, wenn ihm kaum Zeit gelassen wird, mit Ruhe zu essen und sich genügend auszuschlafen? — Was nützen gewerbliche Fortbildungsschulen, wenn dem Arbeiter keine Zeit bleibt, sie besuchen zu können.

Und wenn er sich schon einschreiben läßt und diese Schule auch des Abends, nach dem Feierabend, und des Sonntags besucht, wird er mit genügender Aufmerksamkeit die Vorträge hören, wenn ihm vor Müdigkeit die Beine zittern? — Gewiß nicht. Und wann macht er seine Aufgaben? Wenn derartige Schulen, sie mögen nun vom Staate, von den Gemeinden oder sonst von Corporationen gegründet worden sein und unterhalten werden, floriren sollen, so müssen die Arbeiter weniger Stunden des Tages arbeiten, als es jetzt geschieht, das heißt, es muß durch eine gesetzlich festgesetzte Arbeitszeit dafür Sorge getragen werden, daß der Arbeiter als Arbeiter an die Ausbildung seines geistigen Jäh mit voraussichtlichem Erfolg gehen kann. Nichts ist geeigneter, alles geistige Bestreben, jedes bessere Gefühl, zu dem der Mensch nur durch Reflexionen gelangen kann, an der Wurzel zu durchnagen, als übermäßige Arbeit. Sowie Wissenschaft und Kunst nur in der Freiheit vollkommen gedeihen, ebenso bedingt der Mensch ein gewisses Quantum freier Zeit, um sich in den Tempeln der Kunst und Wissenschaft zurecht zu finden und heimisch zu fühlen. Nun zu dem rein wirtschaftlichen Theile dieser Frage noch einige Worte.

Die Industrie an und für sich würde durch eine solche Einrichtung nicht nur nichts verlieren, sondern gewinnen, wenn auch die Industriellen vielleicht mit einer etwas geringeren Profitrate, oder wie man es sonst heißen will, vortheil nehmen müßten. Darüber noch Beweise zu erbringen, daß für die Arbeiter der Lohn nicht sinken, sondern steigen müßte, das halten wir wahrlich für überflüssig.

Sozialpolitische Uebersicht.

Berlin, 16. Oktober.
(Reichstag.) Fortsetzung der zweiten Verhandlung des Sozialistengesetzes.
„Civilbelagerungszustand“, d. h. Aufhebung aller bürgerlichen Freiheiten und Rechte, wo und wenn immer es der Reichsregierung und der Polizei beliebt — ein Zustand, der sich vom militärischen Belagerungszustand bloß dadurch unterscheidet, daß er leichter verhängt werden kann, und daß das Schießen und Pauen nicht so

fort en gros betrieben wird — das war das erste Thema, mit dem sich der Reichstag heute zu befassen hatte. Ein Thema, sollte man denken, das eine gründliche, von dem Bewußtsein des ganzen Erntes der Sache getragene „große Debatte“ zu veranlassen geeignet wäre, wie kaum ein zweites. Der Reichstag, d. h. die Majorität hat anders gedacht. Ueber keinen Paragraphen des Umsturzgesetzes ist sie gleichgültiger hinweggegangen als über diesen. Von dem exzessiven Schlämann (deutschconservativ) und Beseler wurde maßnahmenmäßig die reaktionäre Drehorgel in Bewegung gesetzt. Dann eine, allerdings sehr scharfe Kritik Windthorst's, die man unglücklich Weise nicht verhindern konnte — das, nebst einigen „Erklärungen“ des Falenburger junior, war die ganze Debatte. Ein Schlussantrag machte die übrigen Oppositionsredner mundtot. Unserer Seite hatte sich Hasselmann zum Wort gemeldet.

Die Ausführungen Windthorst's bezogen sich hauptsächlich auf den Nachweis der Thatsache, daß nach Annahme dieses Paragraphen die Reichsverfassung und die Verfassung der Einzelstaaten, namentlich die bayerischen Reservatrechte durchbrochen sind. Die Polizei sei dann allmächtig; der Zivilbelagerungszustand schlimmer als der gewöhnliche — das habe er 1870 erfahren, wo ihm der militärische Belagerungszustand weit weniger lästig geworden sei, als der normale Ausnahmezustand, unter dem Hannover sich so lange befunden und theilweise noch befindet. § 20 richte sich gegen alle Parteien. Auf Grund desselben können die größten Ungehörlichkeiten verübt werden. Man brauche z. B. bloß den Belagerungszustand in Berlin zu proklamieren, und dann alle misliebigen Abgeordneten ausweisen — nicht bloß die sozialdemokratischen. (Ahl!) Man halte das für undenkbar? Es sei aber sehr denkbar; und in den letzten Jahren habe so viel Undenkbares sich vollzogen, daß er sicherlich berechtigt sei, das sehr Denkbare für möglich zu halten.

Windthorst geißelt dann noch die Gefinnungslosigkeit der Nationalliberalen, die den Behörden die Macht geben wollen, unter der Herrschaft des § 20 misliebige Personen auch aus dem Wohnort zu entfernen.

Der Appell an das Ehr- und Freiheitsgefühl der Nationalliberalen nützte natürlich nichts. Bei der Abstimmung stimmten die Nationalliberalen in ihrer großen Mehrheit für Wegfall des Wohnorts und der Worte „mit unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ und in dieser verschärften Fassung ging der Paragraph denn auch durch.

§ 21 hat nur eine formelle Bedeutung und ist im Ra erledigt!

Am 1 Uhr steht das Haus vor § 22, der die Bestimmung des Termins, bis zu welchem das Gesetz in Kraft sein soll, enthält. Herr Lucius, Bismarck's bekannter „Freund“ plaidirt hitzig für die Dauer bis zum 31. März 1883. Windthorst befürwortet kurz den Termin der Commissionenvorlage (31. März 1881). Nach ihm erhält Brade das Wort, und zeigt in längerer Rede die Absurdität der Anschauung, der Sozialismus lasse sich überhaupt, oder gar innerhalb eines bestimmten Termins anerkennen. Die sozialistische Bewegung wurde in den Verhältnissen, und werde, was man auch gegen einzelne Personen, und wären es noch so viele, unternehmen möge, durch die Verhältnisse stets lebendig erhalten und gefördert werden. — Es folgt nun ein langweiliger, meist technischer Excurs des badiischen Oberstaatsanwalts Kiefer und eine wahr-

haft herzerfreuende donnernde Philippika gegen die Sozialdemokratie aus dem Munde des königl. preussischen Regierungspräsidenten (Westpreußen) von Flottwell. An Stimme fehlts dem Mann nicht, und an Eifer auch nicht.

Noch vor 2 Uhr — also nach nicht einmal einstündiger Verathung — nahm das Haus schon einen Schlussantrag an: die ziemlich verwickelte Abstimmung ergab Annahme des Commissionsparagraphen mit der Frist bis zum 31. März 1881. Wohl belommen's!

Die Feststellung der nächsten Tagesordnung führte zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, indem der Abgeordnete Stumm, der durchaus in Arbeiterfreundlichkeit machen will, eine die Gründung von Arbeiterinvalidenläsen betreffende Interpellation auf die morgige Tagesordnung gesetzt wünschte. Dies fand indes heftigen Widerstand, und mit großer Majorität wurde Jordanbeck's Vorschlag gemäß der morgige Tag für einen Feiertag erklärt und die nächste Sitzung, in welcher die dritte Lesung des Sozialistengesetzes beginnen wird, auf übermorgen (Freitag) 11 Uhr Vormittags festgesetzt.

Im Reichstage, während der zweiten Lesung des Sozialistengesetzes, zeigten sich die Conservativen schon als Herren der Situation; sie gaben den Liberalen keinen Pardon. Der Stock wurde nicht einen Zoll niedriger gehalten, so daß Vennigen schließlich erklärte, er sei zu angestrengt, er könne nicht über den so hoch gehaltenen Stock springen. Gut, sagten die Conservativen, verschieben wir die entscheidenden Hammersprünge bis zur dritten Lesung, dann werdet Ihr Liberalen“ ausgeruht sein und das Springen geht dann besser — aber niedriger halten wir den Stock nicht. Das war die Situation am fünften und sechsten Tage der zweiten Lesung, welcher wenigstens vorläufig die Paragraphen 6 und 16 zum Opfer fielen. In Bezug auf obige Situation sagt die „Magdeburger Zeitung“: „Man ist aber das Eine sicher, daß das deutsche Volk im Großen und Ganzen, indem es eine Zurückdrängung der sozialistischen Böhlerien und Hegereien sehnlichst wünscht, dennoch nicht etwa ein heißes Verlangen nach der Rückkehr zu dem Jammer und Elend des bevormundenden Polizeistaates hegt. Das aber ist es, was unsere Conservativen in Wahrheit herbeigeführt sehen möchten.“ — Den Jammer und das Elend des bevormundenden Polizeistaates wollen die Conservativen herbeiführen — so klagt das liberale Blatt, und dabei freut es sich zu gleicher Zeit, wenn die Liberalen“ im Reichstage die Brücken bauen, über welche der bevormundende Polizeistaat von den Conservativen herbeigebracht wird. Nichts ist elender und perfider, als solcher „liberaler“ Jammerruf bei solchen „liberalen“ Thaten.

Ein treffendes Urtheil. Die alte „Tante Bosh“ sagt über die bekannte Rede Bamberger's im Reichstage Folgendes: „Sie bewies unzweifelhaft das Eine, daß Herr Bamberger lange genug in Frankreich gelebt hat, um sich die Denkweise der französischen hohen Bourgeoisie anzueignen, die willig die Napoleonische Diktatur ertrug und sich einbildete, daß damit die Schrecken des rothen Gespenstes beschworen werden könnten.“ — In deutsch heißt das: Bamberger hat Angst, daß seine Milliarden Nidel durch den Sozialismus in Gefahr gerietzen, deshalb legt er sich mit dem Bauche auf dieselben und läßt sich die reaktionären Nidelstreiche gefallen — dieser Held von Kirchhimboland.

Militärisches aus dem Rechtsstaat.

(Aus der „Frankfurter Zeitung“.)

Oder sollen wir betiteln: Rechtliches aus dem Militärischen? Darüber möge der Leser befinden, wenn er die nachstehende altenmäßig erzählte Historie kennen gelernt hat. Sie hat etwas Dramatisches und darum sei sie auch demgemäß behandelt.

Also: ein Gutsherr v. H., ein Major v. R., ein General v. B. A., außerdem Soldaten und Bauern, gelb-weiße und schwarz-weiße.

Ort der Handlung: das Gut Abbenjen bei Peine (Hannover).

Zeit: 1878 vom 18.—27. August.

Vorspiel: die Stichwahl im Kreise Hildesheim endete mit einem Siege der Weißen. Der Gutsherr von Abbenjen fühlte die Nothe dieses Erfolges und ließ zum Reichen dessen einen auf dem Felde hoch gelegenen Getreidehaufen — im Hannoverschen Sinne genannt — mit gelb-weißer Flagge krönen. Hurrar der gelb-weißen. Rarren der schwarz-weißen Bauern; letztere sagen: Laßt nur erst das Militär zum Manöver herkommen, da wird er die Fahne schon abnehmen.

Eine verheißungsvolle Exposition, nicht wahr? Am 23. August rückt das Militär ein, 300 Mann vom 67. Infanterie-Regiment sollen sieben Tage Abbenjen beglücken. Früher ging das so: die Offiziere kamen aufs Gut, die Mannschaften zu den Bauern ins Quartier. Diesmal kam es anders — o du unseliger Wimpel auf dem Kornhaufen, die schwarz-weißen Bauern hatten sich die Offiziere angedehnt und erhielten sie auch, 13 an Zahl. Auf das Gut kamen 50 Mann, für die der Schaffall und die Kutschfeuer ausgeräumt wurde.

Kurz nach dem Einrücken der Truppen erscheint bei dem Gutsherrn v. H., der Major v. R., zunächst um sich darüber zu beschweren, daß die Mannschaften in den Schaffall gelegt seien. Dann entplamt sich aber folgendes Gespräch:

Major v. R.: Ach so, dann hätte ich Ihnen noch zu danken. Diese große Aufmerksamkeit, die Sie durch Flaggen für mein Bataillon an den

Gutsherr v. H.: Sie täuschen sich, Herr Major! Für Sie war das nicht. Die neue Flagge draußen auf dem Felde ist ein Wahlsiegezeichen, die andere im Parke, die roth-gelbe, ist dort ständig aufgestellt, sie trägt meine Familienfarben.

Major v. R. (freundlich): Was Sie sagen — nein, nein, so ist's nicht. Sie müssen schon erlauben, daß ich mich durch Aufhängen einiger Flaggen in den Landesfarben revanchire — denken Sie sich das häßliche Ensemble, das sich dann herausstellen wird.

Gutsherr v. H.: Sehr verbunden; soweit meine Gebäude und Grundstücke nicht dabei in Frage kommen, habe ich natürlich gegen diese Revanche nichts einzuwenden.

Der Herr Major ruft den Regimentschneider und ertheilt ihm den Befehl, sofort schwarz-weiße Fahnen anfertigen und über dem Hofthor des Gutes des Hrn. v. H. anbringen zu lassen. Letzterer, der dies erfährt, protestirt dem commandirten Unteroffizier gegenüber, der Protest wird reglementmäßig gemeldet.

Am 25. August, Morgens 10 Uhr, wurden die Fahnen an das Hofthor genagelt. Kurz darauf läßt der Gutsherr zwei Plakate an das Thor kleben. Das eine lautet: „Eingang für Militärpersonen“, das andere: „Obige Fahnen sind gegen meinen Willen auf Befehl des Militärcommandos angebracht.“ Zugleich wird den Gutsleuten des Hrn. v. H. von diesem verboten, das fahnenge schmückte Thor zu benutzen, da dasselbe militärisch occupirt sei; er gibt ihnen zum Ersatz einen Weg durch den Park frei, beschwert sich bei dem Major v. R. und sofort persönlich bei dem General v. B. A. in Hannover. Letzterer verspricht, die Sache zu untersuchen, da er am nächsten Tage zur Besichtigung hinauskomme.

Am Abend geht auch noch eine Klage wegen Besitzstörung an das nächste Amtsgericht ab.

Ehe wir die Schriftstücke mittheilen, sei erwähnt, daß in der Nacht vom 25. bis 26. die gelb-weiße Siegesfahne von der Fimme gestohlen wurde. Eine für die Entdeckung des Thäters ausgesetzte Prämie von 50 Mark hatte keine Wir-

— Das Sozialistengesetz wirft bereits sehr bedenkliche Schatten voraus. Die „Germania“ schreibt: Am Sonnabend Abend unterhielt sich in einem Berliner größeren Restaurant zwei junge Männer über den von Prof. Wagner herausgegebenen Briefwechsel zwischen Kobbertus und Lassalle und kamen bei dieser Gelegenheit auch auf die letzte Lassalle-Rede des Fürsten Biemarck zu sprechen. Plötzlich erließen der anscheinend von dem servirenden Kellner von dem Gespräch unterrichtete Besitzer des Lokals und erklärte, daß er in seinem Lokal sozialistische Gespräche oder politische Erörterungen nicht dulden könne. So geschehen acht Tage vor Annahme des Ausnahmegesetzes in der Hauptstadt des deutschen Reiches.

— Wohl kaum schon dagewesen! In Düsseldorf wurde ein Bürger wegen einer angeblich vor drei Jahren begangenen Majestätsbeleidigung denunzirt.

— Ueber die Bismarck-Sonnemann'sche Affaire schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Das Korsische Ungeheuer ist entwischt; der Bandit ist gelandet und so fort in der Abstufung bis zum: Soeben hält Sr. Majestät der Kaiser Napoleon unter dem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in die Hauptstadt!“ — wer kennt sie nicht, diese Kusterleistung des „Moniteur“ in den Tagen von der Flucht Napoleons aus Elba bis zu dessen Einzug in die Tuilerien? An diesem klassischen Beispiel hat sich anlässlich der Affaire Bismarck-Sonnemann die „Magdeburger Zeitung“ so entzündet, daß sie beinahe das französische Original erreicht hat. Sie mag es uns selbst dartun.

„Magdeburger Zeitung“ von Donnerstag 10. Oktober. Der Reichskanzler hat den Abgeordneten für Frankfurt in einer Weise angegriffen, die den letzteren auf den Gedanken bringen dürfte, eine einfache Gegenerklärung sei nicht ausreichend. Der Fürst ließ durchmerken, Herr Sonnemann stelle sich mit seiner Zeitung dem französischen Gouvernement zur Verfügung, so daß man aus der „Frankfurter Zeitung“ immer am ersten die Intentionen der Pariser Regierung erfahre. Für das Interessante dieser seiner Behauptung bezog sich der Fürst auf ihm zugegangene diplomatische Aufschlüsse, und der Zuhörer mußte den Eindruck gewinnen, als verfolge der Abgeordnete Sonnemann nicht bloß im Allgemeinen deutsche Ziele, sondern er mache sich damit der französischen Regierung dienstbar. Das würde, wie auf der Hand liegt, Landesverrath sein, und entweder thut Herr Sonnemann Alles, um diesen fürchtbaren Vorwurf völlig zu entkräften, oder er ist als Mitglied des deutschen Reichstags moralisch unmöglich.“

„Magdeb. Ztg.“ von Freitag 11. Oktober. Die Angriffe, welche der Reichskanzler gegen Herrn Sonnemann gerichtet hatte, verloren von ihrer Treffkraft durch die Erklärungen, die der Erstere später nachfolgen ließ.

„Magdeb. Ztg.“ von Sonntag 13. Oktober. Der Zwischenfall Bismarck-Sonnemann ist nicht beigelegt, denn der Reichskanzler hat bisher unterlassen, für seine Behauptungen Beweise beizubringen. Bleiben diese aus, so ist der Angegriffene im Unrecht. Der Abg. Sonnemann wird dies vor Schluss der Session voraussichtlich noch ganz ausdrücklich constatiren.“

Jetzt aber halt um Himmels Willen, sonst bekommen wir noch etwas von einer „moralischen Unmöglichkeit“ zu hören, die Jemanden veranlassen

könnte, das „Wohlwollen“ der „gutmüthigen“ Richter, so unangenehm es werden kann, in Anspruch zu nehmen. Uebrigens sei constatirt, daß die gesammte Presse Deutschlands und des Auslandes, soweit sie sich selbstschätzend, auf Achtung Anspruch hat, die von uns an den Reichskanzler gerichtete Ladung unterstützt und darin übereinstimmt, daß eine unbewiesene Anklage auf den Ankläger zurückfalle. Wir nehmen natürlich gewisse Organe, die sich kein Gewissen daraus machen, sich zu prostituiren, aus und überlassen dieselben ihrem Schicksal, denn wenn man mit dem Herrn zu thun hat, kann man sich nicht mit den Domestiken beschäftigen. Gefreulich ist es, daß neuerdings auch Blätter, die aus ihrer Gegnerschaft gegen den Abgeordneten für Frankfurt kein Hehl machen und noch heute für dessen Rede nur das Epitheton „unwürdig“ haben, sich soweit auf Anstand und Recht besinnen, daß sie den Reichskanzler „zur Ordnung“ rufen. So der „Hannoversche Courier“ in folgender Weise: „Es ist in Aller Interesse, auch in dem des Kanzlers — denn was verbürgt ihm, daß nicht nächstens beim Angriff auf ihn irgend ein Oppositionsmitglied seinerseits des Antonius „doch Brutus ist ein ehrenwerther Mann“ copirt? — es ist, sagen wir, in Aller Interesse, daß die verdeckte Anklage, gegen welche der davon Betroffene sich selbst dann nicht wirksam vertheidigen kann, wenn er völlig ungeschützt ist, nicht parlamentarischer Bürgerrecht erwerbe. Wenn es nicht in der Befugniß des Präsidenten steht, dergleichen oratorische Torpedos — die am Mittwoch nicht zum ersten Mal angewendet wurden — aus der Debatte fernzuhalten, so ist es Pflicht der Presse, gegen deren Gebrauch Verwahrung einzulegen.“ Sollte sich der „Hannoversche Courier“ nicht erinnern, wie man eine Kriegsführung, die sich allgemein verpöbter Waffen bedient, zu charakterisiren und zu bezeichnen pflegt?

In Bezug auf die Aeußerungen Bismarck's im Reichstage am 9. Oktober, die sich gegen den Abg. Sonnemann und gegen die „Frankfurter Zeitung“ richteten, giebt jetzt die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“, nachdem die betreffenden Sätze der Bismarck'schen Rede dem Vester vorgeführt worden sind, folgende Erklärung ab:

Die Worte haben unzweifelhaft den Sinn, den Abg. Sonnemann und die „Frankfurter Zeitung“ als in Beziehungen zur französischen Regierung stehend und deren Interessen namentlich in Fragen der inneren deutschen Politik vertretend erscheinen zu lassen. So sind sie im Reichstage und in der Presse allgemein aufgefaßt worden und die spätere Versuche des Herrn Reichskanzlers, seinen Worten eine andere harmlosere Deutung zu geben, vermögen daran nichts zu ändern.

Herr Sonnemann für seine Person war sofort in der Lage, die Behauptungen des Herrn Reichskanzlers als willkürliche Erfindung zu bezeichnen, für die „Frankfurter Zeitung“ in gleicher Weise einzutreten, vermochte er nicht, da nach der Ansicht des Reichstagspräsidenten der Rahmen der persönlichen Bemerkung ihm dies nicht gestattete.

Die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ war also genöthigt, selbst ihre Sache gegen Herrn von Bismarck zu führen und sie hat dies sofort gethan, indem sie dem Reichskanzler als dem Ankläger die Beweislast für seine Anklagen auflegte.

Wir haben zunächst zu constatiren, daß der Herr Reichskanzler dieser mit jeder Anklage verbundenen Pflicht, deren Nichterfüllung die öffentliche Meinung übereinstimmend dahin deutet, daß der Ankläger nicht im Stande sei, die Wahrheit

lang. Die schwarz-weißen Fahnen aber blieben bis zum Abzug der Truppen hängen.

v. H. an den Major v. R.

Abbenjen, 25. August.

„Auf Ew. Hochwohlgeb. Befehl haben Mannschaften Ihres Bataillons mein Gebäude dazu benützt, um an demselben Wegweiser, Ortstafeln, Strohkranz und Fahnen anzubringen, obgleich ich rechtzeitig zuvor gegen solche Anbringung Protest eingelegt habe, welcher Protest Ew. Hochwohlgeb. rechtzeitig gemeldet ist.“

Wenn ich nun auch die Anbringung der erstgenannten drei Gegenstände stillschweigend geduldet haben würde, da sie mir in militärischem Interesse nothwendig erschienen, so muß ich die Anbringung von Fahnen auf Grund Ew. Hochwohlgeb. persönlich mir gegenüber gemachter Aeußerungen lediglich als eine unnütze und unmotivirte, gegen meine Person gerichtete Demonstration betrachten.

Die gedachte Anbringung von Gegenständen an meinen Gebäuden charakterisirt sich als eine Verhöhnung und dadurch als ein unberechtigter Eingriff in mein Eigenthum. War solcher Eingriff im öffentlichen Interesse nöthig, so mußte zuvor auf Anordnung der Landdrostei nach Maßgabe der §§ 1 und 4 des Gesetzes über die Entziehung des Grundeigenthums das Expropriationsverfahren eingeleitet werden.

Ich ersuche daher Ew. Hochwohlgeb. ganz ergeblich, die sofortige Fortnahme der angebrachten Fahnen befehlen zu wollen und falls ein solches Verlangen Ew. Hochwohlgeb. Rechtsbegriffen nicht entsprechen sollte, diese Schritt als eine Beschwerdeschrift anzusehen und geneigtestens als solche bis zur höchsten Stelle auf dem instanzmäßigen Weg weiter geben zu wollen.

Hochachtungsvoll v. H.

Major v. R. an v. H.

C. Quart. Abbenjen 25. Aug. Ew. Hochwohlgeb. erwidere ich hiermit auf das mir soeben überlante Schreiben ergebenst, daß die Anbringung von preussischen Fahnen an Ihrem Hofe (ebenso wie an dem von mir persönlich be-

wohnt) eine Demonstration unsererseits ebenso wenig hat sein sollen, als Ihrerseits das Aufhissen von je einer gelb-weißen und gelb-rothen Flagge an weithin sichtbaren Stellen.

Die Anbringung von Ortstafeln, Wegweisern u. s. w. ist eine höhere Orts befohlene Maßnahme und muß Ew. Hochwohlgeb. ich es vollständig überlassen, gegen die hierdurch verursachten Eingriffe in Ihre Rechte auf gesetzlichem Wege vorzugehen — ebenso gegen die durch Anbringung von preussischen Fahnen an dem von Ihnen gepachteten Hofe Ihnen zugefügte Eigenthumsverletzung.

Zugleich bemerke ich jedoch, daß ich die Zustimmung nicht verheben kann, meinen Leuten die Dekoration ihres Quartiers durch preussische Farben — eine alte gute Sitte — zu verbieten und daß es mir unerträglich scheint, daß in Breußen eine andere Auffassung erzieht, als daß jeder Hof und mit ihm dessen Besitzer resp. Pächter sich nur geedrt fühlen könne durch Dekoration des Hofes mit preussischen Fahnen — und um so mehr Ew. Hochwohlgeb. selbst, als mir bekannt, daß Hochwohlgeb. zwei Brüder als Offiziere in der Armee haben, welche dieser Fahne unverbrüchliche Treue geschworen haben.

Ergebenst v. R.

v. H. an den Generalleutnant v. B. A.

Hannover, Abbenjen, 25. Aug.

Ew. Excellenz wollen mir gestatten, ein bei meiner Rückkehr heute Abend hier vorgefundenes Schreiben des Hrn. Major v. R. zu überreichen, dessen Inhalt und Form ich gern vertrauensvoll der Kritik Ew. Excellenz überlasse.

Ganz gehoramt v. H.

Generalleutnant v. B. A. an Herrn v. H. Ew. Hochwohlgeb. erwidere ich auf gefälliges Schreiben vom geistigen Tage, mit dem Sie mir einen Brief des Rön. Major's Herrn v. R. zu meiner Kritik übersenden, daß ich mit diesem letzteren mich vollständig in Uebereinstimmung be-

Mit vollkommenster Hochachtung bin ich Ew. Hochwohlgeb. ergebenster v. B. A.

seiner Behauptungen darzutun, bis heute in keiner Weise nachgekommen ist.

Wir werden, falls es auch ferner nicht geschieht, dies von Zeit zu Zeit erneut konstatieren und schließlich an das allgemeine Urtheil dahin appellieren, daß der Fürst Bismarck sich einer ehrenrührigen Verdächtigung gegen die „Frankfurter Zeitung“ schuldig gemacht habe.

Eines Weiteren dem Fürsten Bismarck gegenüber bedarf es, so lange er beweisfällig bleibt, nicht; dagegen stehen wir angesichts der Gerüchten des Vorfalls in der Presse und der entstellten und falschen Angaben über die Verhältnisse der „Frankfurter Zeitung“, die dabei bald leichtfertig, bald böswillig vorgebracht werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, nicht an, Folgendes zu erklären:

1. Die „Frankfurter Zeitung“ bezieht von ihren Pariser Correspondenten, von denen niemals irgend einer in offiziellen oder offiziellen Beziehungen zu einer französischen Regierung gestanden hat, nur die unter Frankreich täglich abgedruckten Correspondenzen und Depeschen, welche direkt an den betreffenden Ressortredakteur gelangen und von diesem selbstständig bearbeitet und zum Druck befördert werden.
2. Sie bezieht keine anderen Informationen aus Frankreich, weder von ihren Correspondenten, noch von irgend einer anderen Seite.
3. Die Urtheile der „Frankfurter Zeitung“ über innere und äußere Politik, wie sie in den Uebersichten und Leitartikeln enthalten sind, gehen von der Redaktion des Blattes aus; die Redakteure des Blattes sind an keinerlei Instruktionen gebunden, unterliegen keinerlei Beeinflussung und genießen vollste Selbstständigkeit des Urtheils. Die „Frankfurter Zeitung“ hat keinen Chefredakteur, jeder Redakteur verwaltet sein Ressort nach freiem Ermessen und nur bei wichtigen Phasen der Politik hat er sich in einer Konferenz, in der die Mehrheit entscheidet, der Zustimmung seiner Kollegen zu versichern, zu denen auch Herr Sonnemann gehört.
4. Jede Einwirkung auf die Zeitung gegen die Ansicht der Redaktion oder über die Köpfe derselben hinweg ist somit ausgeschlossen, Beziehungen der „Frankfurter Zeitung“ zu irgend einer Regierung müßten hiernach Beziehungen von Redaktionsmitgliedern zu Personen oder Organen der betreffenden Regierung sein.
5. Die Leiter des politischen Theiles der „Frankfurter Zeitung“ halten es unter ihrer Würde, der etwaigen Inimination, daß ihnen solche Beziehungen zur französischen Regierung zur Last fallen, auch nur ein Wort entgegenzusetzen.

Auf Grund der vorstehenden Punkte wiederholen wir, daß die Behauptung, die „Frankfurter Zeitung“ unterhalte irgendwelche Beziehungen zur französischen Regierung, eine Verleumdung, jede juristisch unfassbare Anspielung auf solche Beziehungen, dazu bestimmt, im Publikum den Glauben daran zu erwecken, eine frivole Verdächtigung ist.

Frankfurt a. M., 15. Oktober 1878.
Die Redaktion der „Frankf. Ztg.“
Dr. Karl Bacher, Theodor Kurtz, Otto Brück,
Eduard Sad., Dr. Josef Stern.

Herr v. S. an das königliche Amtsgericht Meinerken.
Abbenzen, 25. Aug.

Der Herr Major v. A. vom Infanterie-Reg. Nr. 67, augenblicklich hier in Abbenzen, hat zwei hiesige Gutsgelände und das zwischen beiden belegene Thor gegen meinen ausdrücklichen Protest dadurch zur vorübergehenden Benutzung in Anspruch genommen, daß er große Fahnen an denselben befestigt hat, die die Pferde scheu machen und die Passage durch das Thor für solche hemmen.

Da eine solche zwangsweise vorübergehende Benutzung nach den §§ 1 und 4 des Gesetzes über Entziehung des Grundeigentums zuvor einer landdrostlichen Verfügung und der Einleitung des Expropriationsverfahrens bedarf, so ersuche ich königliches Amtsgericht als Vertreter der Besitzer jener Gebäude:

Dem Herrn Major v. A. aufgeben zu wollen, daß er sofort jene Fahnen entferne und mich in meinem Besitz nicht weiter störe.

Ganz gehorsamt
v. S.

Damit schließt diese wahrhaftige Historie. So interessant sie der Leser finden mag, eines wird er an ihr vermessen, die Pointe. Sie hat wirklich, wie die meisten dieses Genres, keine für die Leser, wohl aber für den, „dem sie just passiert“.

— Spinoza über die Freiheit der Meinungsäußerung. Man lese, daß die Freiheit unterdrückt und die Menschen zu geknebelt werden können, daß sie nur nach Vorschrift der höchsten Staatsgewalt einen Laut von sich geben, so wird es doch nie geschehen, daß sie auch nur das denken was diese will, und folglich würden die Menschen anders reden, wie sie denken; die Treue, welche dem Staate so nöthig ist, würde untergraben; eine abscheuliche Schmeichelei und Untreue würde dann gehen und damit der Verrug und der Verderb aller guten Künste. Allein daran ist nicht zu denken, daß Alle so sprechen,

— Ein unbefreitbares Verdienst des Fürsten Bismarck ist es, daß er durch seine letzten Reichstagsplaudereien die Herren „Liberalen“ und auch die „liberalen“ Zeitungen zum Nachdenken angeregt hat. Während diese, wenn sie früher einmal von der Aenderung der heutigen Produktionsweise zu reden gezwungen waren, immer die Möglichkeit dieser Aenderung entschieden verneinten und alle diejenigen, welche dieselbe für sicher und nothwendig erachteten, mit dem Rufe „Utopien!“ absperrten, erklärt jetzt schon die „Magdeburger Zeitung“ in Bezug auf das Neue, das die „kapitalistische Produktionsweise“ ablösen könnte, ganz kleinlaut:

„Sollte es sich jemals einstellen, so wird es voraussichtlich, wie wohl auch Herr v. Bennigsen nicht anders annimmt, zuerst auf geräuschlosem Privatwege sich hier und dort erproben, nicht aber von einem Cassale der Zukunft einem künftigen Reichskanzler gegen Patentvorrechte zum Kauf angetragen werden. Die großen echten Neuerungen des sozialen Lebens haben nun einmal die Eigenheit, klein und in der Stille anzufangen. Sie schiden keinen Trompeter zum Vorkommen vor sich her. Sie entwickeln sich unscheinbar und anspruchslos aus dem Bestehenden, anstatt noch vor aller tatsächlichen Bewährung zu fordern, daß man ihnen zu Gefallen alles Bestehende vorab über den Haufen stürze.“

Welches Eingeständniß! Uns Sozialisten ist es ganz gleichgültig, auf welchem Wege die Aenderung der „kapitalistischen Produktion“ in die „genossenschaftliche Produktion“ sich vollzieht, wenn diese Umänderung nur geschieht. Sollte die Entwicklung der Menschengeschichte den „geräuschlosen Privatweg“ vorziehen, wir haben nichts dagegen — nur wird man uns nicht zwingen können, an diesen Weg zu glauben. Wir haben nun einmal die Ueberzeugung, daß der Staat, oder jenseit man die Majorität der Gesellschaft, die „kapitalistische Produktionsweise“ allerdings nach und nach aufheben und eine die Majorität der Gesellschaft nicht ausbeutende, eine auf gerechter Verteilung der Arbeit und des Consums beruhende Produktionsweise einführen wird. „Alles Bestehende vorab über den Haufen stürzen“ — das hat niemals ein Sozialist gewollt, das will auch jetzt kein Sozialist; eine solche Anschauung vom Sozialismus spukt höchstens in den Köpfen „liberaler“ Redakteure und distischer Schreier.

— Auf nach Upolu! Die preussische Regierung kommt den Auswanderungsgelüsten, die sich in verschiedenen Kreisen unserer Genossen vorgefunden haben, bereitwillig zuvor. Wir lesen da in einer Correspondenz liberaler Blätter: „Im privaten Gepräch der Reichstagsabgeordneten wurde die in den amerikanischen Blättern auftauchende Nachricht von der Besitzergreifung der Insel Upolu (eine der bedeutendsten Samoa-Inseln) durch das deutsche Kriegsschiff „Ariadne“ mit verschiedenen Commentaren versehen. Man sagte u. A., daß die Vorlage des Sozialistengesetzes und die Erwerbung der betreffenden Insel nicht auf einem zufälligen Zusammentreffen beruhen. Von conservativer Seite meinte man, daß im Falle einer weiteren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die Sozialdemokraten dem Parlament eine Vorlage zugehen werde, zufolge welcher Personen, die auf Grund des Sozialistengesetzes rechtskräftig zu einer bestimmten hohen Strafe verurtheilt sind, nach einem außerhalb des deutschen Territoriums belegenen Orte transportirt werden können.“

wie es vorgeschrieben ist; vielmehr werden die Menschen, je mehr ihnen die Freiheit zu sprechen entzogen wird, desto hartnäckiger darauf bestehen und zwar nicht die Weizigen, die Schmeichler und anderen geistigen Schwächlinge, deren höchstes Glück bloß darin besteht, daß sie das Geld im Kasten zählen und den Bauch voll haben, sondern die, welche eine gute Erziehung, ein rechtlicher Charakter und die Tugend der Freiheit zugehend hat. Die Menschen können ihrer Natur nach nichts weniger ertragen, als daß Meinungen, die sie für wahr halten, als Verbrechen gelten sollen, und daß ihnen als Unrecht angerechnet werden solle, was sie zur Frömmigkeit gegen Gott und gegen die Menschen bewegt. Dann kommt es, daß sie die Gesetze verurtheilen und gegen die Obrigkeit sich verheizen, und es nicht für schlecht, sondern für recht halten, wenn sie deshalb in Aufruhr sich erheben und jede böse That versuchen. Ist die menschliche Natur so beschaffen, so treffen die Gesetze gegen Meinungen nicht die Schlechten, sondern die Freisinnigen, sie halten nicht die Böswilligen im Zaum, sondern erbittern nur die Ehrlichen, und sie können nur mit großer Gefahr für den Staat aufrecht erhalten werden. Auch sind solche Gesetze überhaupt ohne Nutzen; denn wer die von den Gesetzen verbotenen Ansichten für wahr hält, kann dem Gesetz nicht gehorchen, und wer sie für falsch hält, nimmt die sie verbietenden Gesetze wie ein Borrecht und pocht so darauf, daß die Obrigkeit sie später, selbst wenn sie will, nicht wieder aufheben kann.

Der Republikaner. Illustrierter Volkskalender für 1879. Herausgegeben von Reinhold Käegg. Verlag der Volksbuchhandlung in Höttingen-Zürich. Preis 50 Cts. Aus dem reichen Inhalt des gut ausgestatteten Kalenders heben wir als besonders bemerkenswerth hervor: Das schwungvolle freisinnige Gedicht: „Requiescat!“ (Er ruhe!); „Der Sturm auf die Tuilerien am 10. August 1792“; „Pestalozzi's Schüler in Spanien“; „Aus der chinesischen Arbeiterwelt“; „Jean Jacques Rousseau“ (mit Portrait); „Das Trinklied“; „Die erste Verfassung der Helvetik“; „Gerächt“; Novelle von Maximilian Dittich, ge-

Auch der Abgeordnete, Obergerichtsrath von Schlichtmann erklärte am Donnerstag im Reichstag, daß man die sozialdemokratischen „Fahrer“ expropriieren könne — jedenfalls ein milderes Wort für „deportieren“. Doch — bange machen gilt nicht! Trotz Upolu, dem „deutschen Reich“ zum Trotz, lieben wir unser deutsches Vaterland!

— Der Republikaner Vermesch, eines der tapfersten Communemittglieder von 1871, ist in London gestorben. Vermesch war Herausgeber des Blattes „Père Duchesne“.

— Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstage. Im Verlag der Hamburger Genossenschafts-Vuchdruckerei ist das 2. Heft des bereits annoncirten Werkes: „Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstag“ erschienen. Dieses Heft enthält den stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Reichstages bei der ersten Lesung des Sozialisten-Gesetzes, bildet also für sich ein abgeschlossenes Ganzes. Nach dem Plan der Herausgeber sollen 4 Hefchen erscheinen. Heft 1, das bis jetzt noch nicht erschienen ist, wird die ursprüngliche Regierungsvorlage, dann die Vorlage, wie sie im Bundesrath umgändert worden ist, nebst den dazu gegebenen Motiven und Anlagen enthalten. Wie die Verleger mittheilen wird Heft 1 am 17. d. M. erscheinen. Die Hefte 3 und 4 werden je die Verhandlungen der zweiten und dritten Lesung nebst dem endgiltigen Wortlaut des Gesetzes bringen. Der Preis für die einzelnen Hefte ist ein ungemein billiger. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit, welche gerade dieses Gesetz und die betreffenden Verhandlungen für unser ganzes öffentliches Leben haben, empfehlen wir das Werk zur weitesten Verbreitung. — In Hinsicht auf dieses Werk haben wir unsere Reichstagsberichte auch möglichst eingeschränkt.

— Die Zukunft, zweiter Jahrgang, Heft 1 und 2 enthält: Billiges Brod, von M. — Die Exploitation der Arbeit in Amerika. Von Dr. Geo. E. Stiebeling. — Der Sozialismus und die häuslichen Arbeiten. Von Joh. Rosl. — Rezensionen.

— Genosse Karl Hirsch soll aus Frankreich ausgewiesen sein — so berichten wenigstens verschiedene Zeitungen. Uns ist noch keine Nachricht zugegangen. — In Bezug auf den Pariser Arbeitercongrès werden 39 Personen auf den 22. d. M. vor das Nachpolizeigericht beschieden; die Anklage lautet dahin, daß diese 39 Personen seit drei Jahren in Paris einer nicht gestatteten Gesellschaft von mehr als 20 Personen angehören.

— Das Berliner Kammergericht bestätigte am Dienstag die Verurtheilung Dolinsk's, Redakteurs der „Berliner Freien Presse“, zu fünf Monaten Gefängniß.

— Parteigenosse und Reichstagsabgeordneter Wiemer schreibt über den Genossen Rosl in Blöhensee in einem Privatbriefe Folgendes:

„... Nach einer langen Wanderung durch verschiedene Höfe gelangten wir an den schon vielgenannten Follisflügel, in welchem Rosl in Strafkleidung, die Nummer 8 auf der Brust und die Maske vor dem Gesicht, ein beschauliches Dasein führen soll. Dem all den Dingen ist nur das Eine wahr, daß Rosl im Follisflügel sich befindet, damit ihm der Schmuggel mit Lebensmitteln,

schrieben im fließenden Tone, fesselt in der Entwidlung des Stoffes; „Der Papst bei Lanne“ (Gedicht mit Illustrationen) u. Wir können den Kalender allen Genossen auf's Wärmste empfehlen.

Den Feinden.
(Von einem 72jährigen Parteigenossen.)

I.
Ihr wollt mit blinder Wuth uns nun vernichten,
Die nur nach allgemeinen Rechten jagen;
Das Uebel unermüdlich warm bekämpfen,
Geduldig nicht auf jedes Uebel verzichten.

Ihr Wahrheit wollen wir das Auge richten,
Den schweren Kampf der Ueberzeugung wagen;
Die schlimmsten Feinde tödtlich nicht erschlagen,
Ihr ächten Bildung uns die Wege lichten.

Das Völkerverlehen schafft gewisse Velden,
Wovon Gedanken unvermeidlich kommen,
Die Grimm und Gram in lähne Wünsche leiden.

Wir Glückverbannten streiten treu zusammen,
Verlangen jeden Mitzug bescheiden,
Wofür die Volksbetrüger uns verdammen.

II.
Ihr Thoren wähnt: nur Volkserführer brächten
Gedanken uns, die leicht Gewalt vertriebe;
Daß jede Wirkung ungefährlich ließe,
Woran die Bürger bald mit Ekel dächten.

Die Kraft verdanken wir gewissen Mächten,
Der großen, allgemeinen Eigentüme;
Die keinen Tag den Rettungsfreudig verschiebe,
Wenn wir die schuldlosen Feinde schwächten.

Der Kampf des Lebens bildet uns Gedanken,
Wofür das Wissen gute Waffen spendet,
Womit wir sprengen überall die Schranken.

Wir wollen, daß die lange Knechtschaft endet,
Worauf die Völker traurig noch erkannten,
Zum allgemeinen Glück nicht gemendet.

Zeitungen u. s. w., den er früher in Blöhensee getrieben, unendlich gemacht werden soll. Rosl trägt seine eigene Kleidung, ist frei von all und jeder Zwangsarbeit und beschäftigt sich ausschließlich mit literarischen Arbeiten. Seine Behandlung unterscheidet sich nur durch eine etwas strengere Isolirung von der Behandlung, wie sie unter Anderen auch Rebel zu Theil wurde, der sich darüber nicht zu beklagen hatte. Was also und zwar mit großer Schadenfreude zur Zeit der Wahl über die Behandlungsweise Rosl's, als eines „Unverbesserlichen“, der statt seines Namens mit: „Nummer 8“ angedreht werde, in liberalen Zeitungen geschrieben wurde, ist nichts Anderes als eine grobe, absichtlich in die Wählerkraft geschleuderte Lüge — eine eben solch grobe Lüge, wie die, daß Rosl in Darmen-Überfeld eine mehrjährige Gefängnißstrafe zu verbüßen haben würde. Wie mir Rosl mittheilt, ist er wegen der inkrimirteten Stelle der betreffenden Rede in Berlin bereits freigesprochen worden. Es ist also nicht anzunehmen, daß er in Darmen wegen einer Auegerung bestraft wird, auf welche in Berlin Freisprechung erfolgte. Rosl's Haft in Blöhensee geht am 10. Dezember zu Ende und damit wird sein Strafregister abgelaufen sein. Das Bestehen Rosl's ist den Umständen angemessen ein gutes zu nennen. Die Quellen seines Humors sind nicht im Geringsten verpficht. Die hereinbrechende Reaction wird von ihm als ein Prästium für die junge Arbeiterbewegung betrachtet und ist er der Ueberzeugung, daß die Arbeiterbewegung geläutert und gekräftigt aus der Periode der Verfolgungen hervorgehen wird. Einzelnen Genossen würde allerdings übel mitgespielt werden, aber zur Ausrottung der sozialistischen Bestrebungen werde die Polizei vergebliche Anstrengungen machen ...“

Correspondenzen.

Erfurt, 14. Oktober. Genosse Schulze, der frühere verantwortliche Redakteur der „Erfurter Volkszeitung“, wurde am vergangenen Sonnabend wegen verschiedener Preisvergehen von dem Appellationsgericht zu Raumburg zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. Der von Schulze erhobene Kompetenz-einwand wurde verworfen, weil er zu spät erhoben worden war.

Braunschweig, 15. Oktober. Unter dieses Parteiorgan bemerkt sehr treffend: Die Reichstagsitzung vom Sonnabend war besonders bemerkenswerth durch die Rede Reinbers, des sozialdemokratischen Abgeordneten für Breslau. Er sprach zu § 5 in recht wirksamer Weise. Nur beging er — locus a non lucendo — das „Verbrechen“, „mir“ und „mich“ zu verwechseln. Grund genug für die nationalliberale Presse, wie eine losgelassene Meute zähnelstehender Klaffen über Reinbers herzufallen und ihn, nachdem sie ihn sachlich nicht widerlegen kann, in ganz gemeiner Weise ob seiner lächerlichen theoretischen Bildung zu höhnen. Daß Reinbers thörichtlich grammatikologische Fehler machte, kann nicht bestritten werden, und er selbst bekannte es freiwillig auf der Tribüne. Aber in treffender Weise führte er aus, daß für seinen Bildungsmangel Niemand Anderer schuld sei, wie die herrschende Klasse, die nicht will, daß die Arbeiter denjenigen Grad von Bildung erlangen, den sie haben sollten. Anstatt daß Regierung und Parlament sich der Aufgabe widmeten, die Schule zu verbessern und die Geschäftslage zu heben, beschäftigten sie sich mit einem Gesekentwurf, der einem großen Theile der Bevölkerung seine Rechte raubt. Gerade der Umstand, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen so beschaffen sind, daß für unnütze, ja schädliche Zwecke, wie den Militarismus und andere Dinge, Hunderte von Millionen verwendet werden, während dem wichtigsten Kulturmittel, der öffentlichen Erziehung, die geringste Sorgfalt und die kleinsten Opfer gewidmet werden, bildet die niederstimmtesten Anklage gegen die herrschende Klasse. Die Bildung und Erziehung sind ebenso ein Monopol der herrschenden Klasse, wie die Produktionsmittel. Nur der Reiche kann seine Kinder ausbilden lassen, der Arme, der lebenslang mit Entbehrungen zu kämpfen hat, kann die Mittel nicht erschwingen, um seinen Kindern die ihnen nothwendige Ausbildung angeheihen zu lassen. Kaum daß die Proletariatskinder den primitivsten Schulunterricht genossen haben, müssen sie schon, noch als halb-reife Geschöpfe, zum Unterhalte ihrer mit dem Uebel kämpfenden Eltern in der Fabrik arbeiten, oder aber in die Lehre geben, um dem sich radernden Vater die Sorge um ihre fernere Erhaltung zu benehmen. Und der Breslauer Abgeordnete Reinbers ist nichts mehr und nichts weniger als ein solches Proletariatskind, welches frühzeitig in den harten Daseinskampf hineingestogen wurde. Ein einfacher, schlichter Arbeiter hatte er, trotz seines Wissensdurstes, nicht die Gelegenheit und nicht die Mittel, sich eine höhere Schulbildung anzueignen. Das bescheidene Maß von theoretischem Wissen, welches er besitzt, hat er sich durch eigenen Fleiß, durch eifriges Selbststudium angeeignet, trotzdem hat er sich nie höher gedankt, wie ein einfacher Arbeiter, und auch die Breslauer Wählerschaft hat ihn eben nur als einen durchaus würdigen Repräsentanten der Arbeiter-schaft zu ihrem Vertreter im Reichstage erkoren. Daß er mit Geschick und Würde seinen Platz im Reichstage einnimmt, beweist seine in meritorischer Beziehung treffliche Rede, die jedem Parlamentarier Ehre machen könnte. Sein Auftreten zeugt für natürliche Beanlagung, welche nur der auszubildenden Hand entbehrt. Allein ihm einen Vorwurf daraus machen, heißt Ursache mit Wirkung verwechseln. Denn wäre Reinbers Sohn wohlhabender Eltern, hätte er Gelegenheit gehabt, Gymnasium und Universität zu besuchen, dann könnte er auch in der Redeform sich auf gleicher Höhe mit, sagen wir Cicero oder Cäsar, bewegen.

Reineswegs aber gereicht es dem deutschen Parlamente zur Schande, daß einfache Arbeiter in ihm Platz finden. Der Reichstag soll, dem allgemeinen Stimmrecht nach, der getreue Ausdruck aller Bevölkerungsschichten sein. Zur Bevölkerung gehören aber auch die Arbeiter, und sie üben ihr Recht dann im richtigen Sinne aus, wenn sie einen Repräsentanten ihrer Klasse, das ist einen Arbeiter, der für ihre Leiden ein Herz hat und mit ihren Interessen aus eigener Anschauung vertraut ist, wählen. Nicht darum handelt es sich, im Reichstage schöngedrehte, zweideutige Phrasen in klassische Formen zu kleiden, sondern die Rechte, Freiheiten und Interessen der Wähler zu wahren. Eine Schande ist nur, daß der deutsche Reichstag, anstatt sich mit der öffentlichen Wohlfahrt zu beschäftigen, anstatt die Kultur durch Hebung des Schulwesens zu fördern und auch den Arbeiterkindern die erforderliche Schulbildung durch obligatorischen und unentgeltlichen Schulunterricht zu ermöglichen, sich mit einem Gesetzbuch beschäftigt, welches den graden Gegenfuß zur Förderung der Kultur bildet und den Arbeitern sogar das Recht der freien Meinungsäußerung zu rauben bestimmt ist.

Dresden, 13. Oktober. In der Donnerstagsnummer des „Dresdner Anzeigers“ befindet sich folgende Annonce: „Zu kaufen gesucht werden folgende Häuser zwischen Albertstraße und Schützenfaserne, Preis bis 25,000 Thlr., mit Hinterraum und wenig Hypothekbelastung; nur dürfen darin keine Sozialdemokraten wohnen. Interessenten wollen Adressen unter M. 99 bis zum 15. d. M. in den R. S. Adress-Comptoiren niederlegen.“

Dresden, 15. Oktober. (Max Hirsch in Dresden.) Die Dresdner kannten den Apostel der „Bildung“ und „Harmonie“ bisher nur aus Zeitungsberichten und Quatsch-Broschüren, wer wollte uns also verdenken, daß wir ungeheuer gespannt auf sein Erscheinen waren? Und so hatten wir uns bei Eröffnung des zweiten anti-sozialdemokratischen Congresses im hiesigen Gewerbehause zahlreich eingefunden; die 52 Deputirten von 46,700 Mitgliedern hatten in der Saalmitte Platz genommen, während man uns unter Ausnahmegericht stellte, d. h. die Seiten-galerien zum „Hören“ anwies. Unter denen, so da „auch“ ein warmes Herz für die „Auch-Menschen“ haben, begegneten wir den auffälligen Gestalten; so Advokaten, die gegen „christliche“ 24 Prozent Bausgelber vorstießen, um die Bauunternehmer alsbald bankrott geben zu lassen, Bankiers, denen ergänzte Gründungen mit Krawachergeld dudenweise nachzuweisen sind, u. s. w. — Als „Max“ auf der Tribüne zum Vortrage über „die wahre Bekämpfung der Sozialdemokratie“ erschien, fragten wir uns Alle erstaunt, ob dies Hirsch sei. Halb salbungsvoller Pastor, halb behäbiger Spießbürger, wie er uns erschien, entsprach er anfangs nicht unseren Vorstellungen von dem „Charlatan“, allein wir sollten bald den Beweis erhalten, daß er wirklich „Charlatan“ ist. Märchen begann, seine halbständige Rede ablesend, mit den bekannten zwei Unthaten, die das Sozialistengesetz geboren haben, und meinte, er habe gleich beim Austritt der Sozialdemokratie deren Gefährlichkeit erkannt. Er sprach von der Bereitwilligkeit seiner Anhänger, sich dem Gesetze zu fügen, „wenn nur die theuren Freiheitsrechte (jedenfalls hat er Freiheitsrechte sagen wollen) uns erhalten blieben.“ Hier auf folgte der jedem Schulzungen geläufige Witz, die Sozialdemokraten hätten zugewonnen „wie der Colorado-Faser“. Die Sozialdemokratie habe eine „frivole Erweiterung“ durch Bismarck erfahren, sie sei die „häßlichste Form des Sozialismus“. In diesen Sprüngen bewegte sich der Gedankengang Märchen's noch ein Weilchen, bis endlich das Längstverwartete kam: die Bildung! Dem Arbeiter könne nur durch „Bildung“ geholfen werden. Bei dieser Stelle brach urplötzlich ein homerisches Lachen unter den Arbeitern unserer Richtung aus. Erstaunt hielt Märchen einen Moment im Vorlesen inne, die Herren Vorstände des Congresses blickten erstaunt um sich; ihr Auge schien zu fragen, wie man bei diesem Satze lachen könne. Allein unsere Leute mußten sehr wohl wissen: ist doch dieses Wörtchen das Evangelium, an dem die Arbeiter sich sättigen, bei dem sie die soziale Frage vergessen sollen. Bessere Auswahl des „Wissens“, anregender Unterricht zum Selbstdenken, nicht bloße Gedächtnisübungen, wie solche nach den Schulregulativen angeordnet sind, verlangte Hirsch. „Die Sozialdemokraten sind aus den Regulativen herausgekommen“, fuhr er salbungsvoll und in consequenter Weise, die wahren Ursachen der Sozialdemokratie verleugnend, fort. Bismarck habe seinerzeit die Frage der Produktivassoziationen ventilirt, er könne daher wenigstens dafür sorgen, daß jedem Kinde ein „geistiges Kapital“ mitgegeben werden könne. Er fügte nunmehr die Fortbildungsschulen in's Feld, in denen Verfassungsfunde gelehrt werden müßte, damit sie nicht von den Sozialdemokraten in „entstellter Form“ gelehrt werde; sodann will er richtige Nationalökonomie gelehrt wissen (offenbar die falsche Böhmert'sche, der sich Max am ehesten affimirt). Folgt nunmehr ein Lob der Fabrikinspektoren, ein Lob der Sonntags- und Nachtarbeit, der Frauenarbeit, bei welcher Gelegenheit er, wahrscheinlich eingedenk der praktischen Betätigung seines Freundes Dunder in Hinsicht der Frauenfrage, die Frau als „Mutter der Sittlichkeit und schönen Menschlichkeit“ preist.

Nunmehr schüttet er das Füllhorn seiner ökonomischen Weisheit über die Versammlung aus. „Der Lohn ist der Maßstab des Lebens für die große Masse des Volks“, erklärte er würdevoll; daß der Lohn aber „der Maßstab des Sterbens für die große Masse des Volks“ ist, hat er vergessen hinzuzufügen. — Noch ein Hieb und ein Sprung in die Luft und — die Harmonie

zwischen Kapital und Arbeit ist hergestellt. „Man muß leben und leben lassen“ — mit diesen Worten volltönte er über die Misere des gegenwärtigen Lohnsystems hinweg. Soll ich noch hinzufügen, was ein Jeder bereits weiß, was nun folgt? Selbsthilfe, Gewerksvereine, gleichmäßiges Vorgehen der Arbeiter und Arbeitgeber. Voila tout! Schwaches Klatschen, starkes Pischen und Zurufe wie „Krawachgesellschaften“, „Kohwein, Freiberg!“ folgt der Rede. Hirsch verschwindet von der Tribüne, der be-rühmte Roth aus Chemnitz tritt dieselbe. „Ich mache die anwesenden Sozialdemokraten darauf aufmerksam, daß sie nur „Gäste“, nur „geduldet“ sind; doch man ruft ihm mit Recht zu: „Dessentlich, öffentlich!“ Märchen schwingt sich wieder auf die Tribüne: „Sie, meine Herren Sozialdemokraten, können noch etwas lernen —“ — „Ob, ob!“ tönt es zurück; was kann von Max Hirsch auch Lehrreiches kommen? Bald darauf verließen die Hunderte der Sozialdemokraten den Saal, die „Jehur“ der Hirsch-Dunder'schen Richtung blieben zurück.

So begann dieser zweite Congress mit dessen Bankrott, und als am Montage Max Hirsch den Anti-Congress schloß, war er bereits in Verwesung übergegangen, was sich in folgendem Dokumentirte: a) Ein Theil der Ehrenhalber Eingeladenen war nicht erschienen. b) Ein großer Theil der Deputirten war nicht erschienen, beziehentlich wieder fortgelaufen. c) Die fortschrittlichen „Arbeiterfreunde“ befanden sich im Widerspruch mit den liberalen „Arbeiterfreunden“. d) Der gewählte August Walter (Dresden), zweiter Vorsitzender, lehnte die Wahl ab und soll am Montag in seinem „Gewerksverein“ sich gegen die meisten Punkte des Hirsch-Dunder'schen Programms erklärt haben. e) Ein D. Partirer erklärte, daß dieser (zweite) Congress verfehlt sei, wie der erste. f) Die Referenten über einige Congresspunkte hielten es nicht für nöthig, anwesend zu sein, als man sie brauchte, u. s. w. u. s. w.

Max Hirsch aber hat die Mäßigung, die ihm seitens der hiesigen Sozialdemokraten entgegengebracht wurde, nicht verdient. Die unflätigen Angriffe auf eine Partei, die zehnmal mehr in ihren Eingeweihten verbannt hat, als Herr Max Hirsch in seinen Gehirnzellen entwickelt, hätten eine ganz andere Würdigung verdient. „Brecht“ nannte er uns mit hochtöndem Gesichte, „anmaßend und im höchsten Grade unverschämmt“, und seine Epigonen Schloßmacher u. s. w. standen hinter ihm nicht zurück. Und wie soll man seine Bemerkung nennen, daß wir, die Sozialdemokratie, die „Reaktion erst heraufbeschworen hätten“? Ich glaube, es giebt nur einen Ausdruck dafür: Hirsch hat das wider besseres Wissen gelogen! Andernfalls könnte er sich sein Viehgeblö über die bezahlten Stunden der Logis wiedergeben lassen; und seine Erklärung: „Die Sozialdemokratie ist die häßlichste Form des Sozialismus“ ist mit ungleich größerem Rechte dahin zu bestimmen, daß die Hirsch-Dunder'sche Richtung die heuchlerischste Form ist, in der dem armen Arbeiter unter der Maske, ihm zu helfen, sein Verdienst aus der Tasche eskamotirt wird. — Wahrlich, wenn man meint, die Sozialdemokratie durch Ausnahmegerichte in ihre Kiste aufzulösen, mithin wenigstens damit anerkannt wird, daß sie Etwas ist, so muß andererseits nicht minder zugestanden werden, daß bei den Hirsch-Dunder'schen Bestrebungen ein Nöthliches nie nöthig wird, weil sie Nichts sind und an ihrer eigenen Erbärmlichkeit zu Grunde gehen müssen.

Frankfurt, 13. Oktober. Unser „Beobachter“ kammegiert fort. Es heißt da jetzt wieder im „Sprechsaal“:

„Gehrte Redaktion! Gegen die Bemerkung, welche Sie an den Schluß meiner Einwendung anknüpfen, hätte ich eine Einwendung zu machen. Ich unterlasse dieselbe, weil ich Ihnen nicht zumuthen kann und will, in Ihr Blatt Einsendungen aufzunehmen, welche die ausgesprochene Ansicht der Redaktion bekämpfen. Ich schreibe Ihnen lediglich, um Sie um eine Auskunft zu bitten. Sie sagen, es kämen im Testamente von Vassalle Legate an Kapitalien u. s. vor, die L. gar nicht beissen habe. Ich habe dies bis jetzt noch niemals weder gehört noch gelesen. Doch bin ich überzeugt, daß Sie Ihre Behauptung nicht ausgesprochen haben würden, wenn Sie dieselbe nicht aus guter Quelle geschöpft haben würden. Da ich mich für den Gegenstand sehr interessire, geht meine Bitte dahin, mir anzugeben, wo man sich über den fraglichen Punkt unterrichten kann. In der Hoffnung, daß Sie die Belästigung nicht verübeln, empfehle ich mich.“

Hochachtungsvoll m.“ Und auf diese vernünftigen Fragen ertheilt die Redaktion des „Beobachter“ folgende Antwort: „Die bezüglichen Stellen des Vassalle'schen Testaments sind vor einiger Zeit durch die Blätter, insbesondere durch Berliner Blätter, veröffentlicht worden; es kommt darin u. a. auch ein Legat von 800 Thalern Jahresrente an Lothar Bucher vor, ingleichen andere ähnliche Legate; es ist aber notorisch, daß Vassalle kein Kapitalvermögen, am Allerwenigsten in der dem Testament entsprechenden Höhe, hinterließ. Red. d. Beob.“

Wenn mit dieser Antwort der Einsender zufrieden ist, so ist er — ein Narr. Er verlangt Beweise und erhält die Antwort: „Es ist notorisch“. Wenn man auch des Näheren anseinerseits, in welchen Vermögensverhältnissen Vassalle sich befand und daß er wohl ein Vermögen in der dem Testament entsprechenden Höhe besaß, der „Beobachter“ würde dies doch seinen Lesern nicht bringen. Er brachte seiner Zeit auch die Nachricht, Vassalle habe vom arbeitenden Volke gesprochen: „Man muß dem Rob etwas bieten.“ Nachdem die Unwahrheit dieser Be-

hauptung nun längst nachgewiesen ist, rektifizirt sich der „Beobachter“ natürlich nicht.

Reichenbach i. S., 12. Oktober. Am 7. Oktober starb hier plötzlich der auch ferneren Parteigenossen bekannte Freund und Förderer unserer Sache, August Seidel, im 55. Lebensjahre. Der Verstorbene war es, welcher nebst M. Böcher im Jahre 1885 die Arbeiterbewegung in hiesiger Stadt in's Leben rief und durch alle Stadien hindurch bis zu seinem Tode leitete. Der Arbeiterbildungsverein, Consumverein und Volksverein, die sozialistische Partei u. s. w. zählten ihn zu den tüchtigsten Vorstandsmitgliedern. Der Verlust trifft den hiesigen Platz um so schwerer, als sich seit einigen Jahren die rednerischen Kräfte durch Tod, Abreise u. s. w. verringert haben. Der Verstorbene war ein Ehrenmann durch und durch und machte sich durch Treue und Standhaftigkeit um unsere Sache verdient. Die arbeitende Bevölkerung sollte ihm Dank und Anerkennung durch zahlreiche Beileidigung am Begräbniß.

Ehre seinem Andenken!

Die Parteigenossen in Reichenbach.
London, 12. Oktober. In der letzten Generalversammlung des Communistischen Arbeiter-Bildungsvereins wurde auch der Bericht des verfloffenen Jahres abgelegt und will ich es als von Interesse hervorheben, daß die Einnahmen desselben die Summe von 5000 Mark überstiegen, wovon 2000 Mark für Unterstützungen verausgabt wurden. Auch hat der Verein seit dem letzten Vierteljahre seine Mitgliederzahl mehr als verdoppelt und zählt momentan 225 Mitglieder. Wir erfreuen uns eines beständigen Wachstums. — Da ich mit Geschäften überhäuft bin, so konnte ich das Amt eines correspondirenden Secretärs nicht wieder übernehmen und wurde Bürger Reid zu diesem Amte erwählt, an welchen von jetzt ab alle Correspondenzen zu richten sind. Dessen Adresse ist: J. Reid, 6 Rose Street, Soho Square, London W. — Zum Kassirer wurde Bürger Kamann wieder erwählt. Derselbe ist bereit, jedwede Zufassung von Unterstützungen für die deutschen Gemahregelsten entgegenzunehmen und an die richtige Adresse zu befördern. Dessen Adresse ist: J. Kamann, 54 Windmill Street, Daymarket. Mit bestem Gruß
F. J. Ehrhart.

An unsere Londoner Freunde und Genossen!

Der Communistische Arbeiter-Bildungsverein hat beschlossen, zu Weihnachten eine Verloosung zu arrangiren zu Gunsten der deutschen Inhabitirten und Gemahregelsten. Daß ein derartiges Vorgehen nicht allein zeitgemäß, sondern zum bringenden Bedürfniß geworden, glaube ich, wird Niemand in Zweifel ziehen. Ich ersuche deshalb namentlich auch jene Männer, die unserer hiesigen Organisation fern stehen, die sich aber zur sozialistischen Sache bekennen, daß auch an sie jetzt die Reihe kommt, bei den Massenmahregelungen unserer deutschen Brüder helfend und beizutreten. Zur Erleichterung haben wir obige Verloosung veranstaltet. Es werden zu derselben Geschenke bereitwilligst entgegengenommen bis längstens den 21. Dezember in unterzeichnetem Lokale, woselbst auch die Verloosung am 25. Dezember, Abends 9 Uhr, stattfindet. Die Loose kosten pro Stück 6 Pence. — Wir hoffen, daß alle unsere Freunde bemüht sein werden, uns in die Lage zu versetzen, daß wir unseren vielgeprüften deutschen Genossen ein imponantes Weihnachtsgeschenk, den Gegnern zum Troste abermitteln können. Mit bestem Gruß
F. J. Ehrhart,
6, Rose Street, Soho Square, London W.

Briefkasten

der Expedition. B. J. Str. Schorlau: Ihre Schreibendstellung beträgt 29,30.

„Deutscher in Genf.“ Nicht angekommen. Senden Sie die Postkarte: A. Baumann, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a, Berlin.

Söln Sonntag, den 24. November, findet in der Restauration „Zum Schiffe“ am alten Ufer eine außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder der Genossenschaftsvereine (Gen.) statt. (S. 65) T. D.: Die Liquidation. (2a) 2,10) Der Aufsichtsrath.

Roh-Tabak.

Domlago 45. 55. Blatt 120 Pf. [84
Brasil 60 70. 80. 100. do. Blatt 6—7 Pf.
bedend 130 Pf.
Seedleaf 45. 50. 55. do. Blatt 80. 100. 120—180
Java 90. 150. 160. 180. 250 Pf.
Palmyra 130 135. 170. Rio Grande 60 Pf.
Carmen 80. 100. 120. Saratow 40 Pf. [3,30
Ferd. Gätjens, Altona, Rathhausmarkt 36.

Mit 1. Oktober begann der 4. Jahrgang des in einer Auflage von 40,000 Exemplaren erscheinenden illustrierten Familienblattes

Die Neue Welt.

Wöchentlich 1 1/2 Bogen. Preis viertelj. M. 1,20. In Fests 30 Pf.
Alle diejenigen Gesinnungsgegnern, welche Gelegenheit haben Sammelmaterial in Vereinen, Werkstätten, Birtshäusern und Familien zu verkürzen, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Exemplare gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammel-liste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.
Die Freundschaft und Anhänglichkeit unserer so großen Leserschaft wird uns noch weitere Volkstheile erschließen helfen — darauf meinen wir mit Sicherheit rechnen zu dürfen.
Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Gärtnerstr. 1211.

Nächstens erscheint dreimal wöchentlich in Leipzig:

„Die Reform“

Organ für allgemeine Volksinteressen. Alles Nähere wird seiner Zeit mitgetheilt werden.

Ordentliche Generalversammlung

der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel (Eingetragene Genossenschaft)

am Sonntag, d. 3. November d. J., Vormittags von 11. Uhr an im Lokale des Hrn. Karstedt, „Volkshalle“ in Neumünster.

Tagesordnung: 1. Vorlage der Jahresrechnung und ev. Dechargeertheilung. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl des Aufsichtsrathes. 4. Antrag Walthers auf Aenderung des § 30, Abs. 2 des Statuts und zwar dahingehend, daß es heißt: „Alle diese Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen geschehen in folgenden Zeitungen: 1. „Vorwärts“ in Leipzig, 2. „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ in Hamburg; sollte aber eine dieser Zeitungen eingehen, so genügt es, wenn dieselben in der nachbleibenden Zeitung veröffentlicht werden und gelten damit u.“ (26)

Kiel, den 9. Oktober 1878.
Der Vorstand.
Carl Aug. Ran. Heinr. Dickmann. G. Walthers.

Die Genossenschaftsmitglieder, welche sich auf obiger Generalversammlung vertreten lassen, wollen nach nachstehendem Formular ihre Vollmacht ausstellen da nur so ausgefertigte Vollmachten anerkannt werden.
Der Vorstand.

Vollmacht.

Hierdurch bevollmächtige ich Herrn in mich auf der am Sonntag, den 3. November d. J., in Neumünster im Lokale des Herrn Karstedt (Volkshalle) stattfindenden ordentlichen Generalversammlung der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel, eingetragene Genossenschaft, zu vertreten.
den ten 1878.
(Unterschrift.)

Im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Hamburg (G. G.) ist soeben erschienen:

Die Sozialdemokratie

vor dem deutschen Reichstag. Erste Verathlung des Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. II. Heft.

Inhalt: Stenographischer Bericht über die Reichstagsverhandlungen am 16 u. 17. September 1878. Preis einzeln M. 0,35. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,25. Lieferung nur gegen baar (vorherige Einzahlung des Betrages, da Nachnahme zu theuer ist). Das I. Heft enthält den Gesetzentwurf nebst Motiven und Anlagen. Dasselbe erscheint am 17. Okt. und kostet M. 0,15. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,10. Ueber das III. u. IV. Heft Näheres später. Bestellungen erledigt sofort: Expedition des „Vorwärts“.

Herrn- u. Frauen-Unterhosen,

mittelgroß und ganz groß, besser Qualität und dauerhaft genäht, empfehle 6 Pfänder (Gewicht der Duzend u. letzte Sorte) per Paar 90 Pf. 8 Pfänder (mittelschwer) à M. 1,10, 10 Pfänder (schwer) à M. 1,30, 12 Pfänder (ganz schwer) à M. 1,50 und 14 Pfänder (extra schwer) à M. 1,70. Bei Abnahme von mindestens 1/2 Duzend erfolgt frankirte Zufassung. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Preisliste und Muster liegen für sämtliche Sorten zu Diensten. (9b) Bathasar Rösle jr., Strumpfwaarenfabrikant, 3,10 in Giegen a. Br. (Württemberg).

Soeben erschien im Selbstverlage des Verfassers und ist durch uns zu beziehen: (2a)

Ein Beitrag zur Lösung der Apothekerfrage

von Otto Appler, Apothekergehilfe. Mit statistischen Uebersichten über 1) die Arbeitspreise von 10,000 Rezepten; 2) die Menge, den Werth und den Ertrag von 25-der gangbarsten in den 10,000 Rezepten enthaltenen Heilmitteln. [4,30 Preis pro Exemplar 50 Pf. Für Buchhändler angemessener Rabatt. Expedition des „Vorwärts“.

Bei C. Weilenberger in Nürnberg erscheint in den nächsten Tagen und ist durch alle Buchhandlungen und die Expeditionen befreundeter Blätter zu beziehen:

Deutscher Arbeiter-Notizkalender

für das Jahr 1879. 9 1/2 Bogen stark, in Taschenbuchformat, gebunden. Inhalt: Kalendarium. Die für Gewerbetreibende und Arbeiter wichtigsten Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung (Novelle vom 18. Mai 1878, in Kraft tretend am 1. Januar 1879); Gastpflichtgesetz; Lohnbeschlagnahmengesetz; Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes u. die Form der Eheschließungen; Bestimmungen über den Postverkehr. 6 Bogen Schreibpapier für Tagesnotizen mit Geschäftskalender für jeden Tag. Preis 50 Pf. Bei Partienabnahme Rabatt. 6,00

U-ferm Ristämpfer Heinrich Sievers zu seinem 30. Weigensfest ein donnerdes — Sieh fest und wanke nicht! [0,90] — 8.

Berunm. Redacteur: Franz Gähloff in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck u. Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig.